

Marzahn ist nicht Manhattan

Anwohnerinitiativen organisieren Bürgerbegehren gegen planlose Nachverdichtung

Von Oliver Rast

Ein Ortsname, viele Assoziationen: Randlage, Wegzug, Rückbau. Dafür stand lange der Großbezirk Marzahn-Hellersdorf, die Betonsteppe im Grünen, die stille Reservefläche Berlins. Doch längst drängen Bauherren und Investoren in das Viertel. In den vergangenen Jahren entstanden im Bezirk mehrere tausend neue Wohnungen – Marzahn-Hellersdorf gehört seit Jahren zu den Berliner Neubauhospots.

Rund zwanzig Bauvorhaben stehen im Bezirk auf der Agenda internationaler Projektentwickler, teils in Kooperation mit landeseigenen Wohnungsunternehmen – Investorenträume, die bereits im März publik wurden. Mehrere Anwohnerinitiativen haben sich im »Forum für nachhaltige Stadtentwicklung« zusammengeschlossen und treiben ein Bürgerbegehren gegen die planlose Nachverdichtung voran. Sie fordern eine Stadtentwicklung, die Grünflächen schützt, die Versorgung der Menschen stärkt und Neubau stadtverträglich steuert.

Die Entwicklung hat eine Vorgeschichte: Nach dem Anschluss blieb der Ostteil Berlins ohne Baunutzungsplan, während die neuen Bundesländer klare Regelwerke erhielten. Die DDR-Komplexrichtlinie mit ihren Vorgaben zu Höhe, Dichte und Gestaltung der Großsiedlungen verschwand ersatzlos im »vereinten Recht«. Zurück blieb ein rechtsfreier Zwischenraum, den Bezirksamt und Senatsverwaltung bis heute für neue Bauvorhaben nutzen.

Der ursprünglich für Kriegslücken gedachte Paragraph 34 des Baugesetzbuchs wurde dabei zum Gummiparagraphen: Ein einzelnes Hochhaus genügt inzwischen, um selbst an unpassenden Orten hohe und dichte Bebauung zu legitimieren. So wird das historische Stadtbild der Großsiedlungen – etwa in Hellersdorf – Stück für Stück beschädigt.

Die Folge war eine Grundstückspolitik, die über Jahrzehnte auf Abriss, Verkauf und Nachverdichtung setzte. In den 1990er und 2000er Jahren verschwanden im Zuge der sogenannten Gesundschumpfung massenhaft Schulen, Kitas, Kaufhallen und Gaststätten; die freigewordenen Flächen wurden billig veräußert, statt sie für die öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern.

Bereits Anfang dieses Jahres hatten sich Initiativen aus verschiedenen Kiezen vernetzt, nachdem sie mit Einwohneranträgen gegen Bauvorhaben aktiv geworden waren. Hierzu gehören unter anderem »Bowlingbahn FR5 soll bleiben«, der Bürgerbeirat »Zukunft Tal-Center« und die Initiative am Helene-Weigel-Platz.

Kiezvertreter hatten dem Stadtentwicklungssenator Christian Gaebler (SPD) zehn Kernforderungen übergeben. Doch weil darauf keine politische Reaktion folgte, soll nun ein Bürgerbegehren den Druck erhöhen.

Die zentralen Forderungen der Initiativen markieren einen Kurswechsel für Marzahn-Hellersdorf: Infrastruktur soll künftig parallel zum Wohnungsbau wachsen – von Gesundheitsversorgung über Schulen und Kitas bis zu Treffpunkten und Nahversorgung. Grünflächen und Innenhöfe sollen vollständig vor weiterer Bebauung geschützt werden, die Nachbarschaften in allen Planungsprozessen ernsthaft beteiligt sein. Zudem verlangen die Initiativen eine Begrenzung der Gebäudehöhe auf maximal elf Geschosse und eine verbindliche Deckelung der Bebauungsdichte auf dem heutigen Niveau der Quartiere.

Katalin Gennburg (Die Linke) unterstützt die Forderungen. »Ich sage: Marzahn-Hellersdorf ist fertiggebaut! Wir müssen die Stadtplanung auf der Höhe der Zeit denken – Umbau statt Abriss und eine Stadtentwicklung, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert«, betonte die Bundestagsabgeordnete für den Bezirk und Sprecherin für Stadtentwicklung und Bauen gegenüber jW.

Statt Versorgungswürfel abzureißen und Wohnklötze zu überteuerten Mieten hochziehen, brauche das Quartier Ärzte, Apotheken, Schulen, Grünflächen und Treffpunkte – »eine Stadtentwicklung, die den Menschen dient, nicht den Profiten, und die bezahlbare Mieten sichert!«

Wenn »Bauen, bauen, bauen!« zur alleinigen Maxime wird und Beteiligung systematisch ausgehöhlt, erodiert zwangsläufig das Vertrauen in demokratische Prozesse. Gefordert ist eine kooperative Stadtentwicklung, die die Bedürfnisse der Anwohner ernst nimmt. Gennburg: »Nur so können wir unsere Städte aus den Händen der Immolobby zurückholen.«

Wie geht es weiter? Sobald das Bezirksamt die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens bestätigt hat, müssen im Bezirk rund 6.000 Unterschriften gesammelt werden. Danach kann die Bezirksverordnetenversammlung das Anliegen übernehmen, einen Kompromiss suchen – oder es kommt zum Bürgerentscheid.

<https://www.jungewelt.de/artikel/527051.stadtentwicklungspolitik-marzahn-ist-nicht-manhattan.html>